

fungen auf Kooperation mit der Staatssicherheit frei geblieben sind, fand sich eine beachtliche Anzahl Ehemaliger in diversen Verbänden und Unternehmen zusammen, die oftmals von der öffentlichen Hand gefördert werden. Möglicherweise stellen ehemalige Sicherheitskader eine beachtliche Größe in dem entwickelten Mittelstand der neuen Bundesländer dar, etwa in den Bereichen Wohnungswesen, Immobilien, Detekteien, Versicherungen usw. Sighard Neckel hat eindrücklich am Beispiel einer brandenburgischen Stadt beschrieben, welche Rolle diese Klientel im Mittelstand spielt, und betont dabei ihre Scheu vor der öffentlichen Sphäre.⁶¹ Schlagzeilen, wie jene über die Rolle von IM im Arbeitslosenverband in Potsdam oder in einer Wohnungsgesellschaft in Cottbus, machen immer wieder darauf aufmerksam. Insofern ist zwar der Sturz der Eliten zu konstatieren, die gesellschaftliche Transformation hält jedoch weiter an.

61 Sighard Neckel: Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989, Frankfurt am Main 1999.

Peer Pasternack

Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989

Vier Fragen harren der Beantwortung: Welche Rolle spielte die wissenschaftliche Elite der DDR im Transformationsprozess? Wie wurde sie nach dem Regimewechsel behandelt, »abgewickelt« oder integriert? Welche Rolle spielt sie heute? Entwickelte sich eine neue wissenschaftliche Elite im Transformationsprozess?¹

Bevor darauf geantwortet werden kann, ist eine Entscheidung darüber zu treffen, welches Verständnis von »Elite« an dieser Stelle zu Grunde gelegt werden soll. Wilhelm Bürklin und Hilke Rebenstorf fassen darunter die Personen, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken.² Auf die Wissenschaft übertragen, ließen sich in diesem Sinne höchstens C4-Professoren und -Professorinnen als Elite bezeichnen. Wenn allerdings vom Elitenwandel innerhalb der ost- und mitteleuropäischen Transformationsprozesse die Rede ist, dann wird das Verständnis in der Regel weiter gefasst. Es interessieren dann alle Personen, die in überdurchschnittlich prägender Weise an dreierlei beteiligt sind: Bildung der öffentlichen Meinung, Erzeugung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen und/oder Sicherstellung der geistigen und kulturellen Reproduktion der Gesellschaft. Wird die hier interessierende Gruppe in diesem Sinne, nämlich als wissenschaftliche *Funktionelite* verstanden, dann lassen sich die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen insgesamt unter dem Elite-Begriff fassen. So soll es auch im Weiteren geschehen.

Zunächst werden vier kurze Antworten auf die eingangs gestellten Fragen gegeben, denen ausführlichere Begründungen folgen:

1. Welche Rolle spielte die wissenschaftliche Elite der DDR im Transformationsprozess? In Bezug auf die ostdeutsche Gesamtgesellschaft spielte sie, nachdem die Richtung des Wandels von der Idee eines verbesserten Sozialismus zur deutschen Einheit umgeschwenkt war, eine weitgehend passive Rolle. In Bezug auf ihre jeweiligen Institutionen spielte ein größerer Teil ihrer Angehörigen eine aktiv-umgestaltende Rolle, solange der west-ostdeutsche Institutionentransfer noch nicht flächendeckend ge-griffen hatte.
2. Wie wurde sie nach dem Regimewechsel behandelt, »abgewickelt« oder in-

1 Ich folge hier dem Einladungstext der Tagung, die dieser Band dokumentiert.

2 Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 14 ff.

tegiert? Das Grundmuster war die Abwicklung, wobei es für einzelne institutionell bestimmte Segmente Abweichungen vom Grundmuster gab. Indes ist auch bei Berücksichtigung dieser Abweichungen festzuhalten: Es gelang lediglich eine Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, die jedoch nicht mit einer Sozialintegration einherging.

3. Welche Rolle spielt die wissenschaftliche Elite der DDR heute? Sie spielt zwei Rollen: eine untergeordnete und eine subkulturelle.
4. Entwickelte sich eine neue Wissenschaftselite im Transformationsprozess? Nein. Denn die akademische Grundversorgung des ostdeutschen Siedlungsgebietes konnte problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Insofern ist für die Wissenschaft in Ostdeutschland auch kein Elitenwechsel zu konstatieren, sondern ein Elitentransfer.

1. Welche Rolle spielte die DDR-Wissenschaftselite im Transformationsprozess?

Die Hochschulen und Forschungsinstitute in der DDR waren 1989 kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche. Das muss zunächst nicht verwundern, denn es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Trägerin der überraschenden Vorgänge war. Vielmehr gab es zahlreiche Einzelne aus den unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Kontexten, die sich exponierten und zum Teil Wortführer der enthusiastischen Massen wurden. Aus der Wissenschaft waren solche Exponenten beispielsweise Jens Reich oder Wolfgang Ullmann. Freilich waren dies untypische Einzelpersonlichkeiten. Über deren Wirksamwerden hinaus gab es in der Kernphase des Umbruchs – Oktober/November 1989 – auch zahlreiche Initiativen aus dem akademischen Raum, gesellschaftliche Reformaktivitäten anzustoßen (insbesondere bei der Formulierung eines Dritten Weges der Integration von Plan- und Marktwirtschaft) oder mit Expertise zu stärken (etwa bei der Schulbildungsreform). Die Resonanz auf solche Angebote war in dieser kurzen, aber extrem ereignisverdichteten Phase beträchtlich. Doch sank sie alsbald gegen null, nachdem die inhaltliche Richtung des Wandels von der Idee eines verbesserten Sozialismus zur deutschen Einheit umgeschwenkt war. In dieser Situation gab es – ähnlich wie in der Bürgerbewegung – weder den Willen noch Vorarbeiten noch spontan zu mobilisierende intellektuelle Ressourcen, um den Prozess aktiv durch eigene Beiträge mitzugestalten.

Fortan ließ sich eine aktive Rolle relevanter Teile der wissenschaftlichen Elite der DDR allein bei der Gestaltung der wissenschaftlichen Institutionen, nicht aber darüber hinaus beobachten. Dabei wurde im Grundsatz die Notwendigkeit eines Umbaus der Wissenschaft von schlichtweg niemandem streitig gestellt: »Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status

quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt.«³ Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so musste doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der »management- und politikerfahrenen alten Kader« beispielsweise musste »dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten«⁴. Zugleich bestritt keiner der beteiligten Akteure, dass es bei diesem Umbau um eine demokratische Erneuerung gehen müsse. In aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, musste keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Festzuhalten ist: In der ostdeutschen Wissenschaft waren 1990 durchaus Selbstreformversuche unternommen worden, die jedoch zumindest gebremst waren.⁵ Wie ist diese Gebremstheit zu erklären? Betrachten wir es am Beispiel

3. Friedhelm Neidhardt: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993, in: Renate Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt am Main 1994, S. 34.

4. Ebd., S. 38.

5. Für einige Hochschulen ist dies in Buchform dokumentiert bzw. analysiert. Vgl. zur Universität Rostock: Universität Rostock, der Rektor (Hg.): Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anlässlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.06.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock, Rostock 1996; zur Universität Potsdam: Universität Potsdam, Rektorat (Hg.): Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam 1995; zur Humboldt-Universität zu Berlin: Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation, Berlin 1992; Mechthild Küpper: Die Humboldt-Universität. Einheitschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, Berlin 1993; Christian W. Wolff (Hg.): Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989, Weimar 1997; Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994, Berlin/Baden-Baden 1998; StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): 1989–1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach, Berlin 1999; Peer Pasternack: »Demokratische Erneuerung«. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien. Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999; Phönix-Projektgruppe: Phönix im Sturzflug. Wissenschaftlicher Umbruch und Strukturwandel an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1989. Studentisches Projektstudium an der Humboldt-Universität 1998/1999, Berlin 1999; zur Technischen Universität Dresden: Gerhard Barkleit (Hg.): Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993; Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus, TU Dresden (Hg.): Von der Akademie zur Fakultät, Dresden 1997; Alfred Post (Hg.): Zur personellen und strukturellen Er-

der Hochschulen (in der außeruniversitären Forschung waren die Verhältnisse auf Grund externer Umstände sehr viel verwickelter).

Erstens ist auf die prinzipiell begrenzten Eigenreformpotentiale von Hochschulen überhaupt (und namentlich der deutschen) hinzuweisen. Doch gab bzw. gibt es eine Differenz zwischen ost- und westdeutschen Hochschulen, die deren Reformschwächen unterschiedlich begründete: Wo in der westdeutschen verbeamteten Wissenschaft die *Absicherung* der individuellen Positionen dazu führt, dass Flexibilität und Innovation nicht erzwungen werden, da lähmte in Ostdeutschland die *Unsicherheit* der Perspektive eine flächendeckende Ausbreitung der Reformneigung.

Zweitens hat eine soziologisch informierte Erklärung zu berücksichtigen, welcherart die extern gesetzten Rahmenbedingungen waren: Von politischer Seite wurde eine Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Sehr bald war hingegen zu vermuten, dass die Wissenschaftler mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus, es drohte auch, zumindest für einen Großteil der wissenschaftlich Tätigen, der Verlust des Arbeitsplatzes.

Drittens schließlich wurden die Aktionskapazitäten der hochschulischen Akteure in dieser Zeit durch zweierlei absorbiert: Zum einen galt es, die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen aufrechtzuerhalten, zum anderen wurden neue (nämlich demokratische sowie akademische Selbstverwaltungs-)Strukturen und Verfahren zunächst mit großem Aufwand debattiert, waren dann gegen Widerstände umzusetzen und hernach – da neu – auch erst zu trainieren.

2. Wie wurde die wissenschaftliche Elite der DDR nach dem Regimewechsel behandelt?

Die Behandlung der DDR-Wissenschaftselite erfolgte im Kontext des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Die These, die hier geprüft werden soll, lautet: Es

neuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Symposium am 1. November 2001, Dresden 2002; zur Universität Leipzig: StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung, unkommentiert, Leipzig 1991; Peer Pasternack: »Demokratische Erneuerung«, a. a. O.; zur Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Gunnar Berg/Hans-Hermann Hartwich (Hg.): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle, Opladen 1994; zur Friedrich-Schiller-Universität Jena: Hans Richard Böttcher (Bearb.): Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung »Unrecht und Aufarbeitung« am 19. und 20.6.1992, hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Leipzig 1994.

gelang zwar die Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, doch ging diese nicht mit einer Sozialintegration einher.

2.1 Die Transformation des Wissenschaftssystems

Der Umbau der ostdeutschen Wissenschaft war ein grundstürzender Prozess und hinsichtlich seiner Abläufe und Ergebnisse ambivalent. In Bezug auf seinen Ablauf zeigt sich das besonders augenfällig darin, wie völlig gegensätzlich die Legitimität der Vorgänge in Ostdeutschland selbst bewertet wurde:

- *Die einen* behaupteten die Vollkompatibilität des Vorgangs mit demokratischen Erfordernissen. Denn die »legitimierten Vertreter des Volkes, des eigentlichen Souveräns, sitzen im Landtag« – also nicht an den Hochschulen, wie etwa ein sächsischer Erneuerungsaktivist betonte.⁶
- *Andere* diagnostizierten beim Wissenschaftsumbau die Demokratie im Koma. So stellte ein »Ostdeutsches Memorandum«, zum 3. Oktober 1992 von 29 ostdeutschen Organisationen vorgelegt, »häufig zu beobachtende grundgesetzwidrige und auch dem Einigungsvertrag widersprechende Praktiken bei der Schließung wissenschaftlicher Einrichtungen, bei der Kündigung von Wissenschaftlern [...] sowie bei der Aberkennung der »persönlichen Eignung« fest. Es forderte daher »demokratisches Mitbestimmungsrecht der Wissenschaftler, Studenten und Angestellten bei der Erneuerung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern, umgehende Überwindung der Bevormundung und Entmündigung«⁷.
- *Dritte* schließlich sahen Defizite, die freilich der Übergangszeit geschuldet seien und mithin zeitlicher Begrenzung unterlägen. Beispielsweise stellte sich nach Ansicht eines Akteurs in Sachsen-Anhalt »die sehr kritische Frage, wie die personelle Zusammensetzung der [Personalüberprüfungs-] Kommissionen zustande gekommen ist. Die Antwort ist: Nicht so demokratisch, wie man sich das wünschen könnte«. Doch: »Hätten wir die Personalkommissionen wirklich frei gewählt, dann hätten wir auch die Parteistrukturen wieder einsetzen können. Es wäre weitgehend identisch gewesen.«⁸

6 Kurt Reinschke: Selbsterneuerung ist unvorstellbar, Interview in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): Streitsache. Ost-Hochschulen im Wandel, Köln 1992, S. 71.

7 Ostdeutsches Memorandum, dokumentiert in: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde. Unfrieden in Deutschland, 2. Weißbuch Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin 1993, S. 10.

8 Jan Olbertz: Standpunkte zur Personalerneuerung, in: Gertraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn: Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern, Berlin 1992, S. 28.

Die politischen Bewertungen der Veränderungen bewegen sich auf zwei wesentlichen Deutungsachsen: Behauptet wird entweder eine »Erfolgsstory«⁹ – dies vornehmlich von seinerzeit verantwortlichen Wissenschaftspolitikern sowie von sozialen Gewinnern des Vorgangs – oder eine »Wissenschaftskatastrophe«¹⁰ – dies meist von (damaligen) Oppositionspolitikern sowie von sozialen Verlierern des Wissenschaftsumbaus. Bewertungen, die aus analytischer Perspektive gewonnen wurden, spiegeln solche Ambivalenzen ausgewogener wider und untersetzen sie argumentativ. So heißt es bei dem Berliner Wissenschaftssoziologen Hansgünter Meyer 1993: »Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei«. Derart sei es dahin gekommen, »daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalwechselungen statt für einen Start für die Essenz von Erneuerung hält«¹¹. Dabei habe man zunächst nur eine neue Bewegungsrichtung eröffnet, »nicht mehr«. Die Fehldeutungen folgten einer Ziel-Dichotomie des ostdeutschen Hochschulumbaus: zum ersten die Ausdehnung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder auf die ostdeutschen, das heißt eigentlich kein Transformations-, sondern ein Transferprozess; zum zweiten eine nachträgliche funktionale Politisierung der Hochschulen, in den Worten Meyers: »Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt: Es wurde als wissenschaftliches System verworfen, und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen.«¹²

Die Kölner Soziologin Renate Mayntz diagnostizierte vornehmlich exogene Reformprozesse, wofür zunächst die Akteurskonstellation verantwortlich gewesen sei. Das Fehlen einer »entschlossenen und durchsetzungsfähigen Erneuerungsgruppe«¹³ habe Außeninterventionen erforderlich gemacht. Trotz extremer Überforderung hätten die Landesregierungen, innerhalb derer nicht selten verschiedene Ziele verfolgt wurden, keinen Steuerungsverzicht geleistet. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Universitäten sei »durch die unkoordinierte Pluralität der auf sie einwirkenden externen Akteure nicht wesentlich gemildert«¹⁴ worden. Gegen die an dieser Tendenz vielfach geäußerte Kritik stellt

9 Jürgen Rüttgers: Fünf Jahre deutsche Einheit. Die blühenden Landschaften sind überall im Kommen, in: *hochschule ost*, Nr. 1/1996, S. 182.

10 Edelbert Richter/Joachim Wipperfurth: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern, o. O. [Strasbourg] o. J. [1992].

11 Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993, S. 71.

12 Ebd., S. 73.

13 Renate Mayntz: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben*, a. a. O., S. 283–312.

14 Ebd., S. 295.

Mayntz fest: Es sei zu einer konservativen Zieldefinition gekommen, deren Verfolgung zwar für Ostdeutschland »einen kurzfristig zu bewerkstellenden, radikalen Wandel« bedeutete. Doch hätten für eine umfassende, darüber hinaus gehende Reformanstrengung »alle wesentlichen Voraussetzungen« gefehlt. Diese Anstrengung hätte

»einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotential) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reform planen und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.«¹⁵

Die politischen Administrationen suchten dann steuernd einzugreifen. Die Eingriffe ähnelten sich länderübergreifend in ihren Instrumentarien: Abwicklungen; Erlass von Gesetzen und Verordnungen wie von autoritativen *Ad-hoc*-Anweisungen; Bildung von Personalüberprüfungs-Kommissionen zusätzlich zu den vielfach bereits hochschulintern initiierten; das Instrumentarium des Arbeitsrechts inklusive der Regelungen des Einigungsvertrages, die Teile des bundesdeutschen Kündigungsschutzrechts außer Kraft setzten; schließlich die Wissenschaftsfinanzierung und die damit zusammenhängenden Wissenschaftsstrukturentscheidungen, die in der Regel mit Personalstellenreduzierungen einhergingen.

Den so realisierten Umbau der ostdeutschen Hochschulen – in ähnlicher Weise aber auch der außeruniversitären Forschung – kennzeichneten dann ambivalente Kompromisse, die Unverträglichkeiten zusammenführten. Das betraf sowohl Zieldefinitionen, Strukturierung und Instrumentarium wie Prozessvollzug. Betrachten wir es an je einem Beispiel aus der außeruniversitären Forschung und den Hochschulen.

2.2 Beispiel: Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP)

Das so genannte *WIP* sollte der Integration außeruniversitärer Forscher und Forscherinnen in die Hochschulen dienen und baute auf einem Anfangsfehler auf, der ein geradezu lehrbuchgeeignetes Programm scheitern begründete. Der Anfangsfehler bestand in der Auffassung, in der DDR habe es eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien gegeben: Die Hochschulen seien weitgehend nur Lehranstalten gewesen, während die eigentliche (Grundlagen-)Forschung an den Akademieinstituten stattgefunden habe. Diese Auffassung folgte zunächst einer im Zuge der III. Hoch-

15 Ebd., S. 308 f.

schulreform¹⁶ von 1968 ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik, die als tatsächlich realisiert unterstellt wurde.

Nun, nach dem Umbruch 1989, wurde die Auffassung der institutionellen Trennung von Forschung und Lehre intensiv durch die Interessenvertreter der Akademie der Wissenschaften gepflegt. Sie erhofften sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen. Dieser argumentative Schuss endete, wie sich später zeigen sollte, als Problemverschiebung namens *WIP*. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation ihres Personals. Als Distinktionsmerkmal im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten formuliert, stärkte dies offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter: Die DDR-Unis seien eben keine richtigen Forschungseinrichtungen gewesen. Der Wissenschaftsrat baute dann seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen »zurückgeführt« werden.¹⁷ Zwar versuchte der Wissenschaftsrat auch, sich in der Angelegenheit sachkundig zu machen, doch augenscheinlich ohne die eingeholten Expertisen hinreichend zur Kenntnis zu nehmen.¹⁸ Nachdem trotz intensiver Bemühungen vergleichsweise wenig außeruniversitäre Forschung an die Hochschulen angebunden werden konnte und schließlich immer noch zirka 1.700 positiv evaluierte Akademie-Wissenschaftler und -wissenschaftlerinnen nicht untergebracht waren, wurde das Wissenschaftler-Integrations-Programm (*WIP*, innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramms: *HEP*) aufgelegt. Sein Geburtsfehler bestand darin, auf der falschen Prämisse aufzubauen, an den Hochschulen gäbe es nahezu keine Forschung und sie würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter Forscher und Forscherinnen.

Tatsächlich aber beheimateten die Hochschulen zum Teil beachtliche Forschungspotentiale und hatten im Übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur.

16 Diese Hochschulreform war mit einer Akademiereform verbunden.

17 »[I]n den Hochschulen [ist] das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen [...] Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die [also nicht ein Teil der, d. Verf.] Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt.« (Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders.: Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 24.)

18 Hierzu kann etwa auf ein Gutachten zum »Bibliometrischen Profil der DDR« (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen, d. Verf.) von Peter Weingart/Jörg Strate/Matthias Winterhager: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld 1991 [unveröffentlicht], verwiesen werden, das im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erstellt worden war. Die Autoren ermitteln (unter Verwendung der Datenbanken des Science Citation Index) zum Beispiel, dass 54,7 Prozent der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6 Prozent aus den Akademiestrukturen (Beispieljahr 1984). Ebd., S. 26.

tur. Sie waren gewiss nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten in Gestalt entsprechenden Personals samt Sachausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken lässt, ungeneigt, dies zu Lasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also taten sie zweierlei: Sie statteten die um Anbindung nachsuchenden *WIP*-ianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem *WIP* aus. Des Weiteren setzten sie die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, dass hier nach Ablauf der *WIP*-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist indessen, dass so hartnäckig wie fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen wären erst im Laufe ihres Umbaus wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger Forschungseinrichtungen gelangt.¹⁹

2.3 Beispiel: Personalumbau an den Hochschulen

Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es vor allem die *personelle Dimension*, die den Gesamtvorgang kennzeichnete. Der Personalumbau bestand aus zwei Elementen: der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.

Die Ambivalenzen auch dieser Vorgänge ergaben sich infolge zweier Umstände, die aus politischen, nicht zuletzt aus Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel in Ostdeutschland musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich konnte aber nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Kurz: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen.

Dies mündete in Kompromissen zwischen Unverträglichkeiten, mit denen auch die Ambivalenz des Wandels programmiert war: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber. »Beendigung oder Neudefinition

19 Noch während eines resümierenden »10 Jahre danach«-Symposions 2002 wurde das Missverständnis erneut aktualisiert: »Die Bemerkung [...], dass die Forschung im Ergebnis der Transformation endlich wieder an die Universität heimgekehrt sei, veranlasste den Sächsischen Staatsminister Hans Joachim Meyer [...] zu dem gereizten Einwand, man sollte endlich die Legende beerdigen, es habe an den Universitäten und Hochschulen der DDR keine Forschung gegeben, alle Forschung wäre an der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Was wiederum [...] Wilhelm Krull [...] zu dem apodiktischen Bekenntnis trieb: »Ich sehe das anders« (Jakob Wegelin: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: *Leibniz Intern*, Nr. 12/2002, S. 13 f.)

der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler«²⁰, fasste Dieter Simon zusammen, was sich hinter dem vielfach für diese Vorgänge gebrauchten Begriff »personelle Erneuerung« verbarg. Dieser Prozess setzte sich aus zahlreichen Elementen zusammen und vollzog sich in mehreren Stufen, wobei es im Detail Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gab. An den Hochschulen gestaltete sich der Prozess folgendermaßen:

- Abberufung der Hochschullehrer des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG);
- Neubesetzung der Führungspositionen in den Hochschulen;
- Vertrauensabstimmungen über Rektoren, Dekane, Instituts- und Klinikleitungen;
- Personalabbau infolge der Abwicklung vornehmlich gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen/Institute;
- kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts;
- so genannte Integritätsüberprüfungen inklusive Regelanfrage bei der Gauck-Behörde;
- fachliche Evaluierung des (dann noch) vorhandenen Personals;
- sich daraus ergebende Entlassungen;
- Umberufungen Einzelner zu Professoren neuen Rechts (auf so genannte Eckprofessuren);
- Personalstrukturneudefinition einschließlich deutlicher Verringerung der Stellenanzahl im Mittelbau und Ausweitung der Professorenstellen, dabei auch Integration diverser anderer Hochschul(einrichtung)en, insbesondere Pädagogischer Hochschulen (PHs);
- hierauf Ausschreibung aller Stellen (Hochschullehrer wie Mittelbau) und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber (in einigen Ländern auch Überleitung in die neuen Personalkategorien ohne vorherige Ausschreibung der Stellen);
- daraufhin a) im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum großen Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis bzw. Entlassung »mangels Bedarf«, und b) parallele Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdbeförderungen;
- schließlich Rehabilitierungen inklusive symbolischer Staturerhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor/zur außerordentlichen Professorin, was die individuellen Verbleibschancen verbesserte.

20 Dieter Simon: Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin 1998, S. 509.

Drei dieser Instrumente trieben die Umsetzung des Elitentransfers im Wissenschaftsbereich vorrangig voran: a) die Abwicklungen, b) die Personalkommissionen und c) der Personalstellenabbau:

- a) Das paradigmatische Muster für die Gesamtvorgänge hatten die *Abwicklungen* an den Hochschulen abgegeben. Die politischen Instanzen sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Hochschulen. Daher setzten dann dort um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen an den Hochschulen vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw. Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: »Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt«²¹, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak.
- b) Mit den *Personalkommissionen* war das Primärinstrument eines personellen Wandels an den ostdeutschen Hochschulen (nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen) entwickelt und installiert worden. Im Unterschied zu den Abwicklungen waren hiervon nun ausnahmslos alle Hochschulwissenschaftler betroffen. Der Form nach vermittelte es nichtjustitiable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiographischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (respektive Nichteignung) für den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das so genannte Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest. Damit schlugen Dichotomisierungen durch und prägten fortan die Prozesse. Diese mach-

21 Kurt Nowak: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung*, Nr. 4/1991, S. 373.

ten sich in den begleitenden Debatten an der Konstruktion einander gegenüberstehender Kollektivakteure fest. Zu Beginn war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend, dann wurden Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften definiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte von Nichtabgewickelten. Mit den Überprüfungen durch die Personalkommissionen fand – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbstheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung jener, die als *per se* verantwortlich betrachtet wurden. Für Schattierungen zwischen schwarz und weiß blieb für längere Zeit kein Platz in den dominierenden Wahrnehmungsmustern.

- c) Der *Personalstellenabbau* betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Dort hatte die DDR 50 Prozent ihres gesamten Wissenschaftspersonals konzentriert. Das war nunmehr durch die Bundesländer in diesen Größenordnungen nicht zu finanzieren. An der Universität Leipzig, um ein Beispiel zu nennen, hatten daraufhin zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen. Vollständig erschließen sich die Ausmaße des Stellenabbaus aber erst in einer Betrachtung des gesamten Wissenschaftssystems, also unter Einbeziehung der nichthochschulischen Forschungseinrichtungen.

2.4 Quantitative Dimensionen

Lassen sich diese Vorgänge quantitativ beziffern? Ja und nein. Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in den Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den neunziger Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiographien gab. Darüber hinaus kann auf Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereithalten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:²²

22 Grundlage dieser Zusammenschau sind: Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993; Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

- zirka 60 Prozent an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass – wie erwähnt – die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war);
- zirka 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig);
- zirka 85 Prozent in der Industrieforschung (ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhandanstalt, die wiederum unberechtigterweise »den Markt« dafür verantwortlich machte: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft outgesourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann »dem Markt« nicht direkt zugerechnet werden).

2.5 Die Ost-West-Färbung des Wissenschaftselitenwandels

Soweit die deutsch-deutsche Wissenschaftszusammenführung Personen zusammenführte, war sie wesentlich eine Kollision zweier extrem fremder Wissenschaftskulturen. Mit einer Spur Ironie ließe es sich so sagen: Eine differenziert flexible Beamtenwissenschaft, die hinsichtlich ihres Produktmarketings von angelsächsischem Einfluss nicht gänzlich unberührt ist, traf auf eine zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wolfgang Kaschuba, Ethnologe an der Berliner Humboldt-Universität, verdanken wir den Hinweis, dass sich die Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

»Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.«²³

1993; Thomas Neie: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: *hochschule ost*, Nr. 1/1996, S. 133–148; Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Dirk Lewin: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

23 Wolfgang Kaschuba: Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20./21. März 1993, S. 49.

In der Tat ergaben die Neubesetzungen der Professorenstellen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher Herkunft. Differenzierend muss dabei auf erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Naturwissenschaften hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurbereichen die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker Ost-West-ausgeglichen sind.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt ist, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält: Von 53 an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren waren elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden (Stand 1997).²⁴
- Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie Philosophie, Geschichts- oder Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den so genannten »Kleinen Fächern« eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.²⁵

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muss grundsätzlich weder verwundern noch muss sich dahinter ein prinzipielles inhaltliches Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung.²⁶ Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissen-

24 Jürgen Kaube: Soziologie, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung, a. a. O., S. 297.

25 Zu den Geisteswissenschaften siehe die Erhebungen in: Peer Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig 1996.

26 Zum ostdeutschen Berufungsgeschehen siehe Hans Joachim Meyer: Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 5/1993, S. 296–298; Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 5/1993, S. 308–310 und Nr. 6/1993, S. 387; German academics find career boost in east, in: *Nature*, Nr. 370/1994, S. 240; Sonja Brentjes/Peer Pasternack: Berufungsverfahren Ost. Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost*, Nr. 4/1994, S. 28–43; Peer Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995, a. a. O.; Alison Abbott: Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature*, Nr. 401/1999, S. 635–639; Arno Hecht: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens

schaften hätte man es wohl keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist freilich auf einen anderen Umstand hinzuweisen: Die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland wäre insbesondere dann kein Problem, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende »Veröstlichung« des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies allerdings ist weder der Fall noch absehbar.

Das Muster, das hier wirkte, ist bereits aus der Frauenforschung bekannt. Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, dass Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine »gläserne Decke«, die nicht sichtbar, aber umso fühlbarer ist. Hier kommt zum Zuge, was die Ethnologen »Tribalismus« nennen: »eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe«²⁷.

Vergleichbares wirkt seit Anfang der neunziger Jahre in Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stoßen: In der DDR-Wissenschaft sozialisierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mangelt es häufig an Netzwerkeinbindung und habitueller Passfähigkeit. Daraus resultieren eingeschränkte Chancen des Verbleibs oder der Neuintegration in den akademischen Betrieb, die häufig sachlich nicht gerechtfertigt sind und subjektiv in jedem Falle als sachlich ungerechtfertigt wahrgenommen werden. Zwar konnte die nachwachsende Akademikergeneration zum – allerdings nur geringen – Teil durch individuelle Anstrengungen und aufgelegte Förderprogramme den Verlust ihrer akademischen Mentoren kompensieren. Doch wirkte dabei eine Vielzahl von Zufällen karriereentscheidend, das heißt häufig auch karriereabbrechend. Diese weit über das normale Maß hinausgehende Rolle von Zufällen führte auch bei der mittleren Ost-Wissenschaftlergeneration zu der verbreiteten Wahrnehmung, dass die Chancen herkunftsspezifisch unterschiedlich verteilt sind.

Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Biographien der ost- und westdeut-

an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost*, Nr. 1–2/2000, S. 210–221; ders.: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands, a. a. O.; Lutz Gilbert: Zu Arno Hecht: »Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer«, hso 1–2/2000, in: *hochschule ost*, Nr. 3–4/2000, S. 307–309. Zu den geschlechtsspezifischen Implikationen vgl. Anke Burkhardt: »Besser als befürchtet – schlechter als erhofft«. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost*, Nr. 2/1995, S. 107–121; Karin Zimmermann: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin 2000.

27 Sabine Helmers: Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990, S. 13.

schen Stellenprätendenten machten es durchaus leicht, bei den Berufungen mit formalen Argumenten zu operieren, um von qualitativen Gesichtspunkten gegebenenfalls absehen zu können: Weniger eindrucksvolle Publikationslisten und geringe oder keine Auslandserfahrung der ostdeutschen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ersparten es den Berufungskommissionen oft, sich in allzu tief gehende inhaltliche Debatten hineinbegeben zu müssen. Hier liegt nun allerdings ein Grund dafür, dass die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Wirksam wurde hierbei eine Mischung von dreierlei: wissenschaftstypische Konkurrenzstrukturen, habituelle Ost-West-Unverträglichkeiten sowie politische und fachliche Argumente unterschiedlicher Berechtigung. Letztere ließen sich für die ersten beiden instrumentalisieren. Das heißt: Sobald fachliche oder politische Argumente mobilisiert werden konnten, musste das Wirksamwerden habitueller Unverträglichkeiten oder wissenschaftstypischer Konkurrenzstrukturen – wie Schulbindung und Patronage, also schülerbezogene Versorgungsmentalität – nicht weiter überspielt werden. Indem sie nicht überspielt werden mussten, war die Gefahr wiederum gering, dass sie eventuell in den Berufungsverfahren erkannt und thematisiert werden.

2.6 Bilanzierende Bewertungen

Betrachten wir, was den ostdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorrucheständler, vom Professor zum so genannten Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert. Neben dieser Reduzierung ist es deutlich *vermännlicht* und *verwestlicht* worden.²⁸

28 Wie erstmals Wolfgang Schluchter: Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, Teil 2, in: *hochschule ost*, Nr. 9/1993, S. 13, zusammenfasste.

Die Einschätzung, dass die ostdeutsche Wissenschaftstransformation suboptimal lief, ist mittlerweile über nahezu alle politischen Lager- und Milieugrenzen hinweg unstrittig. Im Februar 2002 fand in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VolkswagenStiftung eine Tagung unter dem Titel »10 Jahre danach« statt. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Dies schloss deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein:

»Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), [...] von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozeß (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess ...), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thies ...), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität (... Richard Schröder)«²⁹.

Am deutlichsten äußerte sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, als er ausführte:

»Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlussbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, das wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.«³⁰

Mittelstraß schloss sein Referat mit den Worten: »Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.«³¹ In der Diskussion präziserte er, was er damit meinte: »Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.«³²

29 Jakob Wegelin: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: *Leibniz Intern*, Nr. 12/2002, S. 14 f.

30 Jürgen Mittelstraß: Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach, Essen 2002, S. 32.

31 Ebd.

32 Hier zitiert nach Jakob Wegelin: Geklonte Defizite, a. a. O., S. 15, da sich dieser Satz in der offiziellen Dokumentation der Veranstaltung nicht findet (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus, Essen 2002). Er ist gleichwohl authentisch: Jürgen Mittelstraß hat ihn ausdrücklich bestätigt. Vgl. ders.: »Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...«, Interview in: *Leibniz intern*, Nr. 12/2002, S. 12.

Widersprüchlich wird heute allenfalls noch bewertet, wie die produzierten Probleme zu den ebenso vollbrachten Leistungen ins Verhältnis gesetzt werden sollten. Denn in der Tat gab (und gibt) es auch beträchtliche Finanztransfers mit grandiosen Ausstattungsverbesserungen der ostdeutschen Forschung und Hochschulen, wurden zirka 40 Prozent des Akademie-Personals in Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen integriert, eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten erreicht usw. Die Wissenschaftsfreiheit übrigens gehört nicht in diese Aufzählung: Denn diese gab es faktisch seit dem Herbst 1989, ist also nicht der Ende 1990 vollzogenen deutschen Einheit zuzurechnen. Daneben bestehen Bewertungsdifferenzen darüber, inwieweit der Zeitdruck und die unzulänglichen Informationen, unter denen die seinerzeitigen Transformationsentscheidungen getroffen wurden, unvermeidlich waren bzw. welche Motive ihnen zu Grunde lagen. Diese Fragen werden im Übrigen nicht allein entlang der Ost-West-Achse unterschiedlich bewertet, sondern sind auch unter Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern ostdeutscher Herkunft kontrovers.

3. Welche Rolle spielt die wissenschaftliche Elite der DDR heute?

Die wissenschaftliche Elite der DDR spielt heute zwei Rollen: eine untergeordnete und eine subkulturelle. Unterschieden werden können drei Personengruppen: die *Etablierten*, die *Halbetablierten* und die *Nichtetablierten*. Halbetablierte sind Wanderer zwischen den beiden Welten des etablierten Wissenschaftsbetriebs einerseits und einer postsozialistischen Wissenschaftssubkultur andererseits. Die weitere Betrachtung konzentriert sich auf die Etablierten und Nichtetablierten.

3.1 Die Etablierten

Die Etablierten sind diejenigen ostdeutschen Wissenschaftler, die sowohl Personalüberprüfungen und Personalstellenabbau wie auch den Wettbewerb um neu ausgeschriebene Stellen erfolgreich überstanden. Sie zeichneten sich in der Regel durch eines aus: Flexibilität.³³ Allerdings trat diese in der Ost-Wissenschaft (aber nicht nur dort) in zweierlei Formen auf: als kreative Beweglichkeit und als anpasserische Wendigkeit. Erstere war sowohl DDR-Karrieristen eigen, hier gespeist aus trainiertem Durchsetzungsvermögen, als auch DDR-Nonkonformisten, dort begründet in Konfliktfähigkeit, die auf individueller Autonomie beruht. Anpas-

³³ Ohne dass nun gleich der Umkehrschluss gälte, alle anderen hätten sich durch Inflexibilität ausgezeichnet.

serische Wendigkeit hingegen kennzeichnete den klassischen Mitläufertyp. Er ist zu flexibler Verhaltensanpassung solange fähig, wie die neuen Rahmenbedingungen strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufweisen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen ist: Die Kreativ-Beweglichen suchen sich gegebenenfalls ihre Möglichkeiten selbst, die Anpasserisch-Wendigen jedoch müssen die Möglichkeiten geboten bekommen. Andernfalls versagen die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

Welche Rolle spielen die Etablierten ostdeutscher Herkunft heute? – Die der Untergeordneten. Sie sitzen an den Hochschulen typischerweise auf C3-Stellen oder sind im außeruniversitären Bereich eher Abteilungsleiter als Institutsdirektoren, Stellvertreter denn Chefs. Solche hierarchischen Brechungen entlang der Ost-West-Achse führen zu einer wechselseitigen Befestigung zweier Tatbestände: Die hierarchische Untergeordnetheit verursacht eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in örtlichen und überregionalen akademischen und wissenschaftspolitischen Gremien. Das behindert sie darin, ihre unzulängliche Verfügung über symbolisches, (wissenschafts-)politisches und ökonomisches Kapital aufzuholen. Infolgedessen wird wiederum die Unterrepräsentanz in Entscheidungsgremien perpetuiert.

3.2 Die Nichtetablierten

Mit den personellen Umgruppierungen vollzog sich auch eine Ent-Institutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Zahlreiche Betroffene ließen dies nicht passiv geschehen, sondern entwickelten aktiv Ausweichstrategien. Hier kamen soziale und kognitive Motivationen zusammen. Zum einen rissen die Abwicklungen diverser Art die meisten aus einem aktiven Berufsleben. Sie waren mithin auf einen eher passiven Lebensabend (noch) nicht eingestellt. Daneben sahen sie sich auch inhaltlich marginalisiert: Der wissenschaftliche Mainstream (zum Beispiel in Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts) entsprach weithin nicht den von ihnen vertretenen Positionen. Sie schritten daher zu Vereinsgründungen als institutionalisierende Gegenstrategie zur Ent-Institutionalisierung. Die Summe der Aktivitäten führte zum Entstehen einer »Zweiten Wissenschaftskultur«. Diese wirkt sowohl als soziales Bindemittel, wie sie auch Raum für wissenschaftliche Tätigkeit bietet.

Die auf diese Weise entstandenen zahlreichen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.³⁴ In den Vereinen

³⁴ Siehe als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.): Informationen über Vereine und Projekte, Berlin

wurde und wird ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Es entstand geradezu eine wissenschaftliche Parallelwelt: eine post-sozialistische Wissenschaftssubkultur. Deren Integrationsmodus funktioniert über Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wird), die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als »nicht zitationsfähig« betrachtet werden) sowie über Referenten- und Autorennetzwerke.

Vom etablierten Wissenschaftsbetrieb werden die Veranstaltungen und Publikationen aus diesen Vereinszusammenhängen nur in Ausnahmefällen zur Kenntnis genommen. Allerdings lassen sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren:

Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden, die gleichsam *abschließend abgewickelt* sind, also eine Reintegration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalisierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen oder dergleichen hervorgehen. Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Geschichte und aktuellen Fragen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten. Auffallend ist, dass diese Vereine am ehesten breitere, das heißt das Herkunftsmilieu überschreitende Aufmerksamkeit zu erlangen vermögen, wenn sie sich kommunistischen Häretikern widmen. Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in den ostdeutschen e. V.s haben sich nicht Laienhistoriker zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt. Vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von vornherein professionalisiert. Infolgedessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards.³⁵ Erwähnenswert ist überdies, dass neben historisch, gesellschafts- und politikanalytisch arbeitenden Wis-

1992; eine neuere Übersicht für den zeitgeschichtlichen Bereich enthält Ulrich Mählert (Hg.): *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, Berlin 2002; eine differenzierte und ausführliche Würdigung hat Stefan Berger: *Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 11/2002, S. 1016–1034, veröffentlicht.

35 Siehe zum Beispiel die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen oder die Veröffentlichungen der Berliner Alternativen Enquete-Kommission »Deutsche Zeitgeschichte« e. V. Deren Publikationen wurden und werden auch gelegentlich in der Fach- und Qualitätspresse rezensiert.

senschaftlern auch Naturwissenschaftler und Mediziner in zahlreichen dieser Vereine tätig sind. Deren Aktivitäten krankten naturgemäß daran, dass die meisten keinen Zugang zu angemessener apparativer Ausstattung haben. Daher werden hier vornehmlich wissenschaftstheoretische und wissenschaftsgeschichtliche Fragen behandelt. Fazit: Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung stehen diese Vereine am Ende von Berufsbiographien, Forschungsrichtungen und -perspektiven. Sie repräsentieren insoweit ausgelaufene bzw. auslaufende Modelle.

Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne *sozialwissenschaftlich ausgerichteten* Vereine. Sie suchen empirische Sozialforschung aktiv zu betreiben und dafür Drittmittel zu akquirieren. Die Drittmittelinwerbung gelingt ihnen zum Teil auch erfolgreich, da sie stärker als geisteswissenschaftlich arbeitende Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen produzieren können. Ihre Mitglieder sind vielfach im mittleren Erwerbsalter. Sie nutzen die Vereinskonstruktion lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiographische Zwischenstation und streben meist ausdrücklich die Rückkehr an Universitäten oder Forschungsinstitute an. Solche Vereine hingen und hängen allerdings existentiell an ABM/SAM-Stellen und/oder öffentlichen Forschungsaufträgen.³⁶

Lässt sich etwas zur Zukunft dieser »Zweiten Wissenschaftskultur« sagen? Der Historiker Wolfgang Küttler, ein Wanderer zwischen etabliertem und nicht-etabliertem Wissenschaftsbetrieb, stellte während einer Tagung 1997 die Frage nach der wahrscheinlichen Perspektive der Vereine.³⁷ Er hielt drei Optionen für möglich: Aussterben, intellektuelle Beiträge zu dauerhafter qualifizierter Systemopposition oder aber Ost-West-Integration im Zuge der Aufhebung einer derzeitigen Ost-West-Zweiteilung der kulturellen Landschaft. Qualifizierte Systemopposition ist nicht dominant: Die Vereinsprotagonisten sind in ihrer Selbstwahrnehmung weniger Oppositionelle als vielmehr auf Grund eines Missverständnisses *deklassierte Elite*. Ihr Adressat für politische Kritik und Vorschläge ist die gegenwärtig amtierende Elite, von der man als ihresgleichen anerkannt werden möchte.³⁸ Ost-West-Integrationswirkungen sind von den Vereinen gleichfalls nicht zu erwarten: Es besteht kein hinreichendes Sanktionspotential

36 Vgl. Raj Kollmorgen: *Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern*, in: *hochschule ost*, Nr. 5–6/1995, S. 9–23; Karin Lohr et al.: *Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem »freien Markt«? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern*, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, Nr. 2/1996, S. 100–121.

37 Peer Pasternack: *Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen und Institutionentransfer. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989*, in: Matthias Middell (Hg.): *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig 1999, S. 389.

38 Torsten Bultmann: *Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt*, in: *Forum Wissenschaft*, Nr. 2/1997, S. 35.

ostdeutscher marginalisierter DDR-Eliten gegenüber der (west)deutschen Gesellschaft, das eine Integration erzwingen oder auch nur aus Sicht des etablierten Politik- und Wissenschaftsbetriebs als vorteilhaft erscheinen lassen könnte. Es bleibt folglich das – perspektivische – Aussterben.

Diese Aussicht hat jedoch durchaus problematische Implikationen. Anhand zweier Beispiele lässt sich das ausführen:

Erstens sind die Schwierigkeiten der mittleren ostdeutschen Wissenschaftlergeneration bei der Integration in den akademischen Betrieb zu nennen. Deren Angehörige hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen Lehrer und Netzwerke verloren. Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der neunziger Jahre gab es aber auch noch eine andere Evaluation: die Evaluation durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: originell und zugleich nicht völlig inkompatibel zum Mainstream soll er oder sie sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im Weiteren eifrig publizierend, fremdsprachig und polyzentriert, nicht zu vergessen Kommunikationsfähigkeit wie auch ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. Davon nun – so die landläufige Auffassung – fehle den Ost-Wissenschaftlern meist einiges, und das war nicht immer falsch. Allerdings: Es gibt im Osten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die all diese Qualifikationen erworben und nachgewiesen haben. Dies sind Angehörige eben dieser mittleren Generation, die sich seit über zehn Jahren, ohne unterwegs einzuknicken, ein Projekt nach dem anderen organisiert haben – damals zwischen 30 und 45 Jahre alt, heute entsprechend zwischen Anfang 40 und Mitte 50. Manche konnten sich durch ihre Projektaktivitäten nicht habilitieren, anderen gelang auch dies, doch sie haben – wie es aussieht – kaum eine Chance auf Berufung, denn: Sie stoßen an die oben erwähnte »gläserne Decke«. Natürlich gibt es auch Gegenbeispiele, aber ihr Zustandekommen setzt eine bewusste Ausschaltung der Gegenmechanismen voraus.

Zum zweiten wird durch die unzulängliche Integration ostdeutscher Sozial- und Geisteswissenschaft auf Deutungskompetenz verzichtet, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz in Bezug auf die Geschichte des sozialistischen Systems und der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse. Wenn etwa an einer Fachhochschule in Thüringen der Fachbereich Sozialwesen zwar eindrucksvolle 23 Professuren hat, diese aber ausschließlich von Personal mit westdeutscher Biographie besetzt sind, dann liegt zumindest eine Frage nahe: Werden die dort ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen – dereinst vermutlich zu einem größeren Teil an sozialen Problempunkten in Thüringen eingesetzt – wirklich alle relevanten Facetten mit auf ihren

Weg bekommen haben, um die spezifischen Ost-Problemlagen erfolgreich bearbeiten zu können?

Augenblicklich lassen sich aus der Gruppe derer, die aufgrund intimer Feldkenntnis nicht nur kompetent über den aktuellen Zustand der ostdeutschen Teilgesellschaft Auskunft geben können, sondern auch öffentliches Gehör dafür finden, diejenigen mit authentischer Ost-Herkunft an maximal zwei Händen abzählen. Das heißt: Der notwendige quasi-ethnologische Außenblick wird nur unzulänglich ergänzt durch den ebenso notwendigen Innenblick von Beobachtern, die gesellschaftliche Codes ohne mühsame Übersetzungsanstrengungen zu entschlüsseln vermögen. Daraus ergeben sich immer wieder Interpretationshavarien, die eigentlich vermeidbar wären.

Um das an einem Beispiel zu illustrieren: 1999 veröffentlichte der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer ein Thesenpapier über die Ursachen von Fremdenhass in Ostdeutschland.³⁹ Er verband dies mit der Präsentation eines Fotos aus einem DDR-Kindergarten: Eine Kindergruppe sitzt in Reih und Glied auf Nachttöpfen und verrichtet gemeinschaftlich die Notdurft – das alsbald so genannte »Töpfchenfoto«. Pfeiffer erläuterte, dies sei ein Beweis für die aberwitzige kollektivistische Zurichtung in der DDR, die alle Lebensbereiche umfasst habe: Nicht einmal auf Toilette gehen sei individuell möglich, sondern an feste Termine und normierte Gruppenabläufe gebunden gewesen. Wer so von Kindheit an aufgewachsen sei, müsse zwar nicht zwingend ein Neonazi werden und Ausländer überfallen, aber wundern brauche man sich darüber jedenfalls nicht, wenn es denn so werde. Daraufhin hieß das, was Pfeiffer sagen wollte, nur noch die »Töpfchentese«.

Es herrschte in Ostdeutschland allgemeine Empörung über »den Wessi«, der sich da eine Deutungshoheit angemaßt und so überdeutlich daneben gelegen habe. Denn jeder, der in der DDR gelebt hatte, wusste: Zwar wurden im Kindergarten Kollektivnormen eingeübt, aber dennoch durfte bedürfnisabhängig auf Toilette gegangen werden. Die allgemeine Empörung war unabhängig davon, wie die einzelnen Empörten seinerzeit zur DDR gestanden hatten. Pfeiffer hatte mit dem Foto eine geradezu grandiose Kommunikationshavarie produziert, und diese war weniger witzig, als es der Anlass nahe legen könnte. Denn über das eigentliche Problem, zu dessen Erklärung Pfeiffers Text etwas hatte beitragen wollen, wurde anschließend nicht mehr diskutiert: das im gesamtdeutschen Vergleich überproportionale Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland.

Ebenso ist es durchaus frappierend, in welchem geringem Umfang die Osteuropa-Kompetenzen genutzt werden, die in Ostdeutschland vorhanden sind – frappierend zumindest vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Dabei liegen

39 Siehe Christian Pfeiffer: Untertanengeist zählte mehr als Individualität, [1999], URL: <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/nd04.htm> [Zugriff: 24. Februar 2003].

diese keineswegs brach, sondern werden zivilgesellschaftlich gelebt. Kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen nach Ostmittel- und Osteuropa werden durch eine ganze Reihe von sehr aktiven Vereinen gelebt.

4. Entwickelte sich eine neue wissenschaftliche Elite im Transformationsprozess?

Nein. Denn die akademische Grundversorgung des ostdeutschen Siedlungsgebietes konnte problemlos aus den personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Insofern lässt sich für die Wissenschaft in Ostdeutschland auch kein Elitenwechsel konstatieren, sondern ein *Elitentransfer*. Es gab keine nennenswerte Oppositionselite im Wissenschaftssektor, die in relevantem Umfang Positionen von der früheren wissenschaftlichen Funktionseleite hätte übernehmen können. Zwar bot der Personalaustausch für einige in der DDR benachteiligte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen eine Chance, doch wurden zugleich auch benachteiligte Wissenschaftler von der allgemeinen Welle des Stellenabbaus erfasst.

Das langfristige Hauptproblem der Ost-West-Verteilung im akademischen Personal der ostdeutschen Hochschulen scheint indes sehr viel gravierender zu sein: Es ist dies der quantitative und qualitative Anteil Ostdeutscher an gestaltenden Positionen überhaupt. Die Ursachen dieses Problems sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwandels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an einer ostdeutschen Hochschule tätig sein zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR. Denn wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalcommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich zum Beispiel ostdeutsche Rektoratsämter nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewusstseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Denn schließlich muss einer Hochschule eine Amtsbesetzung nicht deshalb zwingend gut bekommen, weil es eine Koinzidenz von geographischem Hochschulstandort und biographischer Herkunft der Amtsinhaber gibt. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorates oder Prorektorates schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat auch nicht jede Besetzung mit einem westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

Gleichwohl: Auf Dauer wird die Ost-West-Schiefelage bei den Entscheidungspositionen problematisch sein. Bürklin/Rebenstorf sehen im Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft lediglich 7,3 Prozent der Elitepositionen – von ihnen als die Personen verstanden, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken – ostdeutsch besetzt.⁴⁰ Der ostdeutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik indes beträgt 20 Prozent.

Literaturverzeichnis

- Abbott, Alison: Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature*, Nr. 401/1999, S. 635–639.
- Barkleit, Gerhard (Hg.): Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation. Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 1993.
- Berg, Gunnar/Hartwich, Hans-Hermann (Hg.): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle, Opladen 1994.
- Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 11/2002, S. 1016–1034.
- Bimmler, Marion: Außeruniversitäre Forschung. Zwischenbilanz am Beispiel des Forschungsstandortes Berlin-Buch, in: *hochschule ost*, Nr. 2/1997, S. 103–115.
- Bötcher, Hans Richard (Bearb.): Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung »Unrecht und Aufarbeitung« am 19. und 20.6.1992, hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Leipzig 1994.
- Brentjes, Sonja/Pasternack, Peer: Berufungsverfahren Ost. Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost*, Nr. 4/1994, S. 28–43.
- Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun: Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Situationsbericht, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1992.
- Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997.
- Bultmann, Torsten: Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt, in: *Forum Wissenschaft*, Nr. 2/1997, S. 34–37.
- Burkhardt, Anke: »Besser als befürchtet – schlechter als erhofft«. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost*, Nr. 2/1995, S. 107–121.
- Burkhardt, Anke: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, hrsg. vom HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1997.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997.
- Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler/Netzwerk Wissenschaft (Hg.): Informationen über Vereine und Projekte, Berlin 1992.
- German academics find career boost in east, in: *Nature*, Nr. 370/1994, S. 240.
- Gilbert, Lutz: Zu Arno Hecht: »Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer«, hso 1–2/2000, in: *hochschule ost*, Nr. 3–4/2000, S. 307–309.

⁴⁰ Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, a. a. O.

- Hecht, Arno: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost*, Nr. 1–2/2000, S. 210–221.
- Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.
- Helmers, Sabine: Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskultur-forschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990.
- Kaschuba, Wolfgang: Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kultur-konflikt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20./21. März 1993, S. 49.
- Kaube, Jürgen: Soziologie, in: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, S. 255–301.
- Kollmorgen, Raj: Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier so-zialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern, in: *hochschule ost*, Nr. 5–6/1995, S. 9–23.
- Küpfer, Mechthild: Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, Berlin 1993.
- Lewin, Dirk: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesre-publik Deutschland, Weinheim 1997.
- Lohr, Karin/Simon, Dagmar/Sparschuh, Vera/Wilsdorf, Steffen: Wie konstituiert sich sozialwissen-schaftliche Forschung auf dem »freien Markt«? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, Nr. 2/1996, S. 100–121.
- Mählert, Ulrich (Hg.): *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinsti-tuten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstät-ten*, Berlin 2002.
- Mayntz, Renate (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transforma-tionsprozess*, Frankfurt am Main/New York 1994.
- Mayntz, Renate: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und exter-ner Intervention, in: dies. (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt am Main/New York 1994, S. 283–312.
- Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus, TU Dresden (Hg.): *Von der Akademie zur Fakultät*, Dresden 1997.
- Meske, Werner: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993.
- Meyer, Hans Joachim: Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 5/1993, S. 296–298.
- Meyer, Hansgünter: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993.
- Mittelstraß, Jürgen: Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* (Hg.): *10 Jahre danach*, Essen 2002, S. 29–32.
- Mittelstraß, Jürgen: »Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ...«, Interview in: *Leibniz intern*, Nr. 12/2002, S. 10 f.
- Neidhardt, Friedhelm: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993, in: Mayntz, Renate (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt am Main 1994, S. 33–60.
- Neie, Thomas: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: *hochschule ost*, Nr. 1/1996, S. 133–148.
- Nowak, Kurt: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwor-tung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung*, Nr. 4/1991, S. 371–381.
- Olbertz, Jan: Standpunkte zur Personalerneuerung, in: Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun: *Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern*, Berlin 1992, 28 f.
- Ostdeutsches Memorandum, dokumentiert in: *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Men-schenwürde* (Hg.): *Unfrieden in Deutschland*, 2. Weißbuch Wissenschaft und Kultur im Bei-trittsgebiet, Berlin 1993, S. 10.

- Pasternack, Peer: *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur*, Leipzig 1996.
- Pasternack, Peer: »Demokratische Erneuerung«. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien. Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999.
- Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945–1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–1998*, Weinheim 1999.
- Pasternack, Peer: Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen und Institutionentransfer. Wis-senschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989, in: Middell, Matthias (Hg.): *Histori-sche Zeitschriften im internationalen Vergleich*, Leipzig 1999, S. 373–397.
- Pasternack, Peer: *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg*, Weinheim/Basel 2001.
- Pfeiffer, Christian: *Untertanengeist zählte mehr als Individualität* [1999], URL: <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/nd04.htm> [Zugriff: 24. Februar 2003].
- Phönix-Projektgruppe: *Phönix im Sturzflug. Wissenschaftlicher Umbruch und Strukturwandel an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1989. Studentisches Projektstudium an der Humboldt-Universität 1998/1999*, Berlin 1999, URL: <http://www.amor.rz.hu-berlin/~h0444xbn/info.html>.
- Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation (= *Utopie kreativ*, Nr. 1/1992), Berlin 1992.
- Post, Alfred (Hg.): *Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften*, Symposium am 1. November 2001, Dresden 2002.
- Raiser, Thomas: *Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994*, Berlin/Baden-Baden 1998.
- Reinschke, Kurt: *Selbsterneuerung ist unvorstellbar*, Interview in: *Institut der deutschen Wirtschaft* (Hg.): *Streitsache. Ost-Hochschulen im Wandel*, Köln 1992, S. 68–77.
- Richter, Edelbert/Wipperfürth, Joachim: *Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern*, o. O. [Strasbourg] o. J. [1992].
- Rüttgers, Jürgen: *Fünf Jahre deutsche Einheit. Die blühenden Landschaften sind überall im Kommen*, in: *hochschule ost*, Nr. 1/1996, S. 182–186.
- Schluchter, Wolfgang: *Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungs-bericht am Beispiel der Universität Leipzig*, Teil 2, in: *hochschule ost*, Nr. 9/1993, S. 5–18.
- Simon, Dieter: *Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft*, in: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeits-gruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung*, Berlin 1998, S. 509–523.
- Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Nr. 5/1993, S. 308–310 und Nr. 6/1993, S. 387.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): *10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hoch-schulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des ge-meinsamen Symposions von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus*, Essen 2002.
- StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): *1989–1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach (= UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität November 1999)*, Berlin 1999.
- StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leip-zig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. textsammlung, unkommentiert*, Leipzig 1991.
- Universität Potsdam, Rektorat (Hg.): *Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam*, Potsdam 1995.
- Universität Rostock, der Rektor (Hg.): *Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anlässlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.06.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock*, Rostock 1996.
- Wegelin, Jakob: *Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland*, in: *Leibniz Intern*, Nr. 12/2002, S. 13–15.

- Weingart, Peter/Strate, Jörg/Winterhager, Matthias: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld 1991 [unveröffentlicht].
- Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders.: Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 7–28.
- Wolff, Christian W. (Hg.): Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989, Europäisches Centrum für Innovationen ECI, Weimar 1997.
- Zimmermann, Karin: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin 2000.

Lothar Mertens

DDR-Historiker – Priester der alten Klio in neuen Gewändern?

Historiker werden mitunter prosaisch als »Priester der Klio« bezeichnet. Nachfolgend soll geprüft werden, ob sich die verbliebenen Reste dieser Priesterschaft nach dem politischen Systemwechsel in Ostdeutschland seit Herbst 1989 grundlegend gewandelt haben oder nur in neue Gewänder gekleidet daher kommen und dabei vor allem ideologisch weitgehend unfriert geblieben sind. Die Rolle der DDR-Geschichtswissenschaft für das Machtmonopol der SED hatte der in der Wendezeit gegründete »Unabhängiger Historiker-Verband« bereits prägnant mit der Frage »Hure oder Muse? Klio in der DDR« thematisiert.¹

Die Entwicklung der Disziplin in Ostdeutschland und besonders die personellen Umbrüche² bei ihrer Umgestaltung zu einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft seit 1945 waren gekennzeichnet von der Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als der »herrschenden theoretischen Grundlage«³ der DDR-Geschichtsschreibung. In diesem Prozess spielten einige Remigranten aus der Sowjetunion wichtige Rollen.⁴ Bei vielen Historikern wohnten »zwei Seelen in einer Brust«⁵: Sie »mutierten« zu ideologischen Sprachrohren der Staatspartei SED⁶ und degradierten die Wissenschaft zur Magd der Poli-

- 1 Siehe die Dokumentation von Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994.
- 2 Dazu ausführlich: Lothar Mertens: Von Priestern der Klio zu Sprachrohren der Partei. Die personelle Umstrukturierung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945/46 bis 1958, in: Lothar Mertens (Hg.): Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft? Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 76, Berlin 2001, S. 101 ff.
- 3 Fritz Klein: Dokumente aus den Anfangsjahren der ZfG (1953–1957), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 1/1994, S. 39 ff.; Walter Schmidt: Zur Konstituierung der DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften, Nr. 8 G/1983, Berlin 1984, S. 6.
- 4 Siehe dazu: Lothar Mertens: Remigration als Elitenaustausch. Die Rückkehr vertriebener Wissenschaftler in die SBZ/DDR, in: Mertens, Lothar (Hg.): Unter dem Deckel der Diktatur. Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 84, Berlin 2003, S. 197 ff.
- 5 Joachim Petzold: Die Auseinandersetzung zwischen den Lampes und den Hampes. Zum Konflikt zwischen Parteidoktrinären und Geschichtswissenschaftlern in der NS-Zeit, in der SBZ und in der frühen DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 2/1994, S. 111; siehe auch die Erinnerungen von Fritz Klein und Joachim Petzold.
- 6 Vgl. Walter Schmidt: Zur Konstituierung der DDR-Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren, a. a. O., S. 6; Werner Tschannerl: Das Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der